

Von: Jürgen Roscher [mailto:juergenroscher@web.de]

Gesendet: Samstag, 2. August 2008 13:18

An: Kordfelder, Dr. Angelika

Cc: alfred.holtel@gmx.de; josef.niehues@osnanet.de; marceltewes@aol.com; michaelreiske@versanet.de

Betreff: Antrag zur nächsten HFA-Sitzung

Wichtigkeit: Hoch

Vertraulichkeit: Privat

Anlage 1

Sehr geehrte Frau Bürgermesiterin Dr. Kordfelder,

die SPD-Fraktion bittet Sie für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den Beratungspunkt:

Unabhängige Arbeitslosenberatung in Rheine fortführen

auf die Tagesordnung zu setzen.

Aus dem unten stehenden E-Mailverkehr können Sie entnehmen, dass die SPD Fraktion hier zeitlich dringenden Beratungs- und Beschlussbedarf sieht. Weiter können Sie entnehmen, dass die Fraktionen der CDU, der FDP und der Bündnis 90 / Die Grünen entsprechend informiert sind. Wir beabsichtigen mit diesen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag in die Beratung einzubringen. Sollte dies gelingen, so wird ein entsprechender Antrag (ggf. als Tischvorlage) so früh wie möglich vorgelegt. Sollte dies nicht gelingen, werten Sie bitte den unten stehenden Antrag so, als ob er nur von der SPD eingebracht worden wäre.

Soliten die Haushaltsmittel in der Produktgruppe 22 eine Finanzierung ohne außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen ermöglichen, dann wäre nach unserer Einschätzung "nur" eine Beratung in der nächsten Sozialausschusssitzung möglich. Für diesen Fall bitte wir um entsprechende Information.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Jürgen Roscher

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Jürgen Roscher [mailto:juergenroscher@web.de]

04.08.2008

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

die unterzeichnenden Fraktionen bitten darum den beigefügten Antrag als Tagesordnungspunkt der Sitzung des HFA am 19. August zu beraten:

Unabhängige Arbeitslosenberatung für Rheine fortführen

1. Die Arbeitslosenberatungsstelle wird in Trägerschaft des Jugend- und Familiendienstes (JFD) über den 30. September 2008 fortgeführt. Im städtischen Haushalt werden aus der Gruppe 22 für das Jahr 2008 insgesamt 15.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Sollte dieser Betrag dort nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden die Mittel überplanmäßig veranschlagt.

Die (über)planmäßigen Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, denn eine mögliche Weiterfinanzierung durch das Land NRW hat Priorität.

2. Falls sich das Land NRW aus der Mitfinanzierung der Arbeitslosenberatungszentren und Arbeitslosenberatungsstellen zurückzieht, erarbeitet der JFD zusammen mit der Verwaltung und ggf. weiteren kompetenten Personen oder Organisationen ein neues Konzept zur dauerhaften Aufrechterhaltung der unabhängigen Beratungsorganisation für die Zeit ab dem 01.01.2009. Der Sozialausschuss könnte in seiner nächsten Sitzung am 09. September 2008 auf Vorschlag der Verwaltung die grundsätzlichen Ziele und den Umfang einer unabhängigen Beratungsinstitution beschreiben.

Begründung:

Das Arbeitslosenzentrum und die Arbeitslosenberatungsstelle sind für arbeitslose Personen, für von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitbürgerinnen und Mitbürger und für arbeitssuchende Menschen in Rheine als unabhängige Beratungsinstitution von großer Bedeutung. Dies wird nach unserem Kenntnisstand auch vom Landesminister Karl-Josef Laumann so beurteilt.

Durch die Beratungen werden nicht selten Kosten für Klagen gegen scheinbar unrechtmäßige Bescheide vermieden oder rechtsfehlerhafte Entscheidungen vor einer Klage korrigiert. Neben den finanziellen Auswirkungen dürfen auch die psychisch / sozialen Aspekte solcher Beratungsergebnisse bei den unmittelbar betroffenen Personen und ihrem sozialen Umfeld nicht unterschätzt werden. Die Menschen verlassen die Beratung mit dem Gefühl: *Hier wurde mir geholfen.*

Im November 2007 sagte Frau Martina Stackelbeck von der Sozialforschungsstelle, Uni Dortmund in einem Interview: *"Der Charakter der Beratung in den Arbeitslosenzentren ist ganz anders als bei den Argen oder den Agenturen für Arbeit. Das ist so ähnlich, wenn sie ein Steuerproblem haben dann würden sie sich wahrscheinlich auch nicht gleich an das Finanzamt wenden, sondern dann würden sie sich wohl an ihren Steuerberater wenden. So ähnlich begreifen es die Arbeitslosen auch."*

Nachdem das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW landesweit einen Förderstopp zum 30. 09. 2008 angekündigt hat, derzeit keine Aussicht auf Verlängerung der Mitfinanzierung durch das Land erkennbar ist und der Kreis Steinfurt eine Unterstützung abgelehnt hat, kann für das Jahr 2008 eine Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung nur durch die Stadt Rheine erfolgen.

Die unterzeichnenden Fraktionen, sehen gegenwärtig keine andere Möglichkeit eine unabhängige Anlaufstelle und die damit verbundene Fachkompetenz in unserer sozialen Stadt Rheine zu erhalten.